bewegungen in der deutschen Textilindustrie, was Umfang und Ernst der Situation anlangt, in den Schatten. Besonders fühlt auch die Geschäftswelt das gewaltige Ringen, insbesondere in den kleineren Städten und Orten, die nur auf die Textilindustrie angewiesen und wo im Verhältnis zur Einwohnerzahl der Orte die Zahl der ausgesperrten Arbeiter groß ist. — Dem sächsisch-thüringischen Färberring, der nun die Betriebe ebenfalls geschlossen hat, gehören in Gera 6, Reichenbach 5, Glauchau 5, Mylau 2, Meerane 2, Greiz 2, Weischlitz 1, Oelsnitz i. V. 1, Netzschkau 1, Weida 1, Mohlsdorf 1 Firma an. Insgesamt sind dies 27 Betriebe. In Reichenbach sind außer den in Betracht kommenden Webern und Weberinnen auch die Färbereiarbeiter in den fünf zum Ring gehörenden Färbereien ausgesperrt worden. — Für den Bezirk des Fürstentums Reuß jüngere Linie hat die Regierung die Veranstaltung von Geldsammlungen für die Streikenden und Ausgesperrten verboten und ein diesbezügliches Gesuch des Geraer Gewerkschaftskartells abschlägig beschieden. — Um die Polizei rechtzeitig unterstützen zu können, wird in Gera das Militär in den Kasernements noch immer bereit gehalten. Gera ist übrigens der einzige Garnisonort, der bei dem Textilarbeiterkampfe in Frage kommt. Die Polizei ist mit strengen Anweisungen versehen. — Neben dem sächsisch-thüringischen Färberei-Konvent besteht für Meerane und Glauchau noch eine besondere Unternehmer-Vereinigung, und zwar die „Vereinigten Färberei- und Appreturanstaltsbesitzer Meerane-Glauchau". Diese sind bei dem jetzigen Kampfe nicht mit beteiligt, und so erstreckt sich die Aussperrung in Meerane außer auf die Webereibetriebe nur auf die zwei dem Ringe angehörenden Färbereien von C. Bathy und J. H. Bornemann. In Glauchau sind 5 Konventfirmen, die die Betriebe geschlossen haben.

— Die Firma Seidel u. Naumann bittet uns um Veröffentlichung folgender Mitteilung: „In letzter Zeit ist von dem Metallarbeiterverband erneut versucht worden, Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft von Seidel u. Naumann zu stiften. Zur Aufklärung des Sachverhalts sei folgendes mitgeteilt: 1. Es ist unwahr, daß in unserem Betriebe nach dem Streik absichtliche und grundlose Entlassungen älterer Arbeiter in verstärktem Maße stattgefunden haben. Es handelt sich um einzelne Entlassungen, die auf Grund der Fabrikordnung vorgenommen werden mußten, wie sie in jedem Betriebe vorkommen. 2. Entlassungen der seinerzeit am Streik beteiligten Schleifer haben überhaupt nicht stattgefunden. Um das Vorgehen der Agitatoren zu charakterisieren, weisen wir darauf hin, daß der frühere Bevollmächtigte der Zahlstelle Dresden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Hoffmann, wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" in Nr. 260 vom 9. November mitteilt, wegen Veruntreuungen in seinem Amte verhaftet wurde. Derselbe Mann also, der das Wohl der Arbeiter stets im Munde führte und sich als deren Führer und Wohltäter aufspielte, scheute sich nicht, die von Arbeitern für die vermeintliche Verbesserung ihrer Lage pfennigweise geopferten Gelder zu unterschlagen. Eines weiteren Kommentars bedarf es wohl nicht."

— Unter der Ueberschrift: „Das erste Krematorium in Sachsen" schreibt uns unser Korrespondent aus Chemnitz unter dem 12. November: Nach 21jährigem Kampfe um das Recht der Feuerbestattung innerhalb des Königreichs Sachsen ist nun, wie schon gemeldet, die Entscheidung zu gunsten der Feuerbestattungsvereine gefällt worden. Der Chemnitzer Verein hat es mit Unterstützung der Zweigvereine durchgesetzt, daß ihm die Erlaubnis zum Bau eines Krematoriums gegeben werden mußte. Eine außerordentliche Hauptversammlung beschäftigte sich ausschließlich mit dieser Frage. Es wurde dabei bekannt gegeben, daß dem Vereine anläßlich seines Sieges Glückwunschdepeschen von nah und fern zugegangen sind und daß sofort 70 neue Mitglieder eintraten. Als Bauplatz für das Krematorium sind das 5500 Quadratmeter große Dietzeliche Grundstück an der Reichenhainer Straße in unmittelbarer Nähe des Hauptfriedhofes, sowie 1700 Quadratmeter von einem benachbarten Gärtnereigrundstück erworben worden. Der Preis des Bauplatzes beträgt 42 000 Mark, der Bau selbst ist auf 80 000 Mark und die Inneneinrichtung auf 20 000 Mark veranschlagt worden. An Anteilscheinen sind bereits 40 000 Mark gezeichnet, doch rechnet man noch mit einem namhaften Beitrage seitens der Stadt. Das von Herrn Baumeister Stöber entworfene Krematorium wird auch in dekorativer Hinsicht eine Zierde der Stadt werden. Zum Vorsitzenden des Bau-Ausschusses wurde Herr Baurat Pietzsch, zum Leiter des Finanzausschusses Herr Kaufmann Weiner gewählt. Die Planierung und Umzäunung des Grundstückes wird morgen beginnen, der erste Spatenstich soll noch vor der Einwinterung stattfinden. Anfang März 1906 wird dann energisch mit dem Baue begonnen werden, so daß gegen Ende des nächsten Jahres das Krematorium in Betrieb genommen werden kann. Die Kosten einer Einäscherung werden für Mitglieder auf 50 Mark, für Nichtmitglieder auf 75 Mark festgesetzt.

— Nach einer Mitteilung des bisherigen, kürzlich von Hauptmann Spalding abgelösten Delegierten der freiwilligen Krankenpflege in Deutsch-Südwestafrika, Oberstleutnant a. D. Freiherrn v. Buttlar, sind als Liebesgaben für die Mannschaften des Expeditionskorps in erster Linie höchst erwünscht: Gute Rotweine, gute Liköre, stark eingebrautes Bier, in Stanniol gewickelte und dann hermetisch verlötete Tabake, Zigarren und Zigaretten, ferner Gemüsekonserven als Mittel gegen den leider auftretenden Skorbut, gute herbe Schokolade, Mineralwasser, besonders Reinigungsmittel, wie desinfizierendes Mundwasser, Zahnbürsten, gute Seifen, Vaseline zum Geschmeidigerhalten der Haut, Lichte, Streichhölzer, sowie andere Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens. Vorzüglich bewährt hat sich auch für Gesunde und Kranke als erfrischendes und nahrhaftes Getränk „Adella-Champagnermilch". Nicht zu empfehlen ist die sogenannte kondensierte Milch, welche zu süß ist und nur Durst verursacht. Für Kranke sind außerdem guter französischer Champagner in halben Flaschen, sterilisierte Idealmilch, Fruchtmarmelade, Fruchtsäfte, Kakes, Karten und andere Unterhaltungsspiele, stärkende Weine (nur nicht Fruchtweine) sehr zu empfehlen. Um die einfache Kost etwas abwechslungsreicher zu gestalten, sind Würzmittel, wie Maggi, Obron, Fleischextrakt, Pickles, pikante Konserven sehr willkommen. Im allgemeinen aber — und dies darf den Landes-, Provinzial-, Kreis- und Zweigvereinen vom Roten Kreuz und allen Gebern besonders ans Herz gelegt werden — ist bares Geld am erwünschtesten. Das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz ist dann in der Lage, nach Maßgabe einerseits der jeweilig bekannt werdenden Bedürfnisse, andererseits der verfügbaren Geldmittel diejenigen Gegenstände zu beschaffen, welche unseren braven Truppen am wirksamsten zu gute kommen. Die Gaben sind der „Hauptsammelstelle der freiwilligen Krankenpflege in Hamburg für das südwestafrikanische Expeditionskorps", die von dem dortigen Territorialdelegierten Max Schinkel geleitet wird, zur weiteren Beförderung zu übersenden. Dagegen sind Pakete an bestimmte Adressen (bis zu 5 Kilogramm) nicht dieser Hauptsammelstelle, sondern der Post zu übergeben.

— Der Dresdner Spar- und Bauverein hielt anläßlich der Vollendung der Löbtauer Häusergruppe am Sonntag vormittag 11 Uhr eine interne Feier unter seinen Mitgliedern ab, die in einer ausdrucksvollen Ehrung für den tatkräftigen Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Vereins, Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Becker, gipfelte. Es ist zur Belebung des großen Hofgrundstückes inmitten der bezeichneten Häusergruppe eine architektonisch in Sandstein ausgeführte Bank errichtet worden, deren Bekrönung die von Herrn Bildhauer Ernst Paul in Sandstein ausgeführte naturgetreue überlebensgroße Büste des Gefeierten trägt. Die Feier wurde umrahmt von Gesängen und Huldigungen der Kinder aus der Prinzeß Margarethen-Anstalt, die von der Ortsgruppe Dresden des deutsch-evangelischen Frauenbundes in der Löbtauer Vereinshäusergruppe unterhalten wird. Die Festrede hielt Herr Architekt Schilling; er ging den Werdegang des Vereins in seiner ausgezeichneten Rede durch, die Entwicklung desselben den Worten des Staatssekretärs Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner unterstellend: „Auf der Familie ruht der Bestand des Staates und seine Zukunft, sie bildet seine Grundlage und sein Rückgrat, und so ergibt es sich von selbst, von welchem Gewicht das für die breiten Volksschichten bestehende Wohnungswesen für die Nation ist. Das Kind, das in hohen, luftigen Zimmern aufwächst, die Knaben und Mädchen, die auf weiten Höfen spielen dürfen, der Mann, der nach des Tages Arbeit in ein behagliches Heim zurückkehrt, sie alle sind ethisch durch das Haus beeinflußt, und deshalb die hohe Bedeutung des Wohnungsproblems." Die Festfeier endete mit allgemeinem Gesang; sie zeugte von der Freude, an einem abgeschlossenen Werke zu stehen, und da es gemeinnützigen Zwecken dient, leuchtete die Dankbarkeit gegen den zielbewußten, unerschrockenen Führer des Vereins durch, der in Wort und Schrift praktisch das durchgeführt hat, was nun fast seit einem Vierteljahrhundert gekennzeichnet ist durch die Botschaft des Kaisers Wilhelm I. — Der Verein übernahm 14 Wohnungen von dem Bauverein für Arbeiterwohnungen in Kaditz und hat jetzt deren 435; von 127 Mitgliedern, mit denen er seine Wirksamkeit begann, wuchs er auf 2600, an Mietzinsertrag begann er mit 500 Mark, jetzt nimmt er jährlich 120 000 Mark Mieten ein; seine Grundstücke stehen jetzt weit über 2 Millionen Mark zu Buche; bereites Kapital in Bankguthaben hat er gegenwärtig über eine viertel Million Mark und gedenkt weiter an die Lösung neuer Aufgaben heranzutreten.

— Die Ortsgruppe Dresden des Ostmarken-Vereins veranstaltet Dienstag, den 21. November, abends 8 Uhr, im Saale des Kneipischen Restaurants (Große Brüdergasse) einen Vortragsabend, zu dem alle Freunde der Ostmarken-Sache freundlichst eingeladen sind. Herr Dr. Hötzsch aus Berlin, ein jüngerer Historiker, der sich durch eine in der bekannten Sammlung „Monographien zur Weltgeschichte" erschienene Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika einen Namen gemacht hat, insbesondere aber als ein Kenner der modernen osteuropäischen Geschichte und Politik gilt, wird über das Thema: „Die Polenfrage in Oesterreich und Rußland und ihre internationale Bedeutung" sprechen. Dr. Hötzsch ist vor kurzem von einer Reise durch Russisch-Polen und Galizien zurückgekehrt und wird in seinem Vortrage die Ergebnisse dieser Reise verwerten. Das Thema des Vortrags bietet hohes Interesse, einerseits weil der Vortragende die Eindrücke wiedergeben wird, welche er von der in Galizien herrschenden Wirtschaft des polnischen Schlachzizen-Regiments und der Lage des Ruthenentums empfangen hat — andererseits weil zufolge der jüngsten Ereignisse in Rußland die gesamte polnische Frage in ein neues Stadium getreten ist. Denn mit der Gewährung konstitutioneller Rechte auch im Zarentume Polen wird das Polentum gerade da, wo es bisher wirklich unterdrückt war, einen gewaltigen politischen Aufschwung nehmen. Dieser aber wird zweifellos eine bedeutende Rückwirkung auf die internationale Polenfrage und insbesondere auf die Polenfrage in der deutschen Ostmark ausüben.

— Einen regen Besuch fand der am Sonnabend von den Jugend-Abteilungen des Dresdner Turnvereins von 1867 im „Carolagarten" veranstaltete Unterhaltungsabend, der durch die Anwesenheit des Gauvertreters ausgezeichnet wurde. Die jugendlichen Turner zeigten sich in den Vorführungen des Abends als flotte Nacheiferer der deutschen Turnkunst, die ihnen körperliche Gewandtheit und Tüchtigkeit verliehen. Neben den turnerischen Vorführungen enthielt die Vortragsordnung Einzeldarbietungen auf dem Gebiete der Musik und Redekunst, von denen besonders das Violin-Konzert Nr. 23 von Viotti, die Fantasie „Gruß an Sorrent" (Violine Ipowitz, Klavier Schwinger), sowie die Deklamation von Delli reichen Beifall fanden. Den Schluß bildete ein Gesamtspiel (Szenen aus dem heutigen Turnerleben), das die Ueberlegenheit der deutschen Turnerei über die Sportbetätigungen kennzeichnen sollte.

— Der Bezirks- und Bürgerverein Dresden-Nord hielt am 8. November im Saale des Etablissements „Wilder Mann" einen Familienabend ab, der von mehr als 600 Personen besucht war. An ein Konzert, ausgeführt von dem Künstler-Ensemble des Herrn Tonkünstlers Krüger, schlossen sich das Auftreten des Illusionisten Böhle und ein kurzes Lustspiel „Sie weint" von Silesius. Alle Darbietungen fanden reichen Beifall. Ein Ball beschloß die wohlgelungene Festlichkeit.

— Der dritte öffentliche Vortrag des Gemeinnützigen Vereins findet Mittwoch, den 15. November, im Stadtverordneten-Saale statt. Herr Kuno Graf Harpenberg wird Reisebilder aus Birma (mit Lichtbildern) vorführen.

— Der zweite volkstümliche Komponisten-Abend des Stadtvereins für innere Mission, Sonntag, den 19. November, abends ½8 Uhr, im großen Saale des Vereinshauses, ist Hugo Wolf gewidmet. Herr Dr. Richard Batka hat den Vortrag übernommen. Künstlerisch wirken mit: Frl. Magda Lunnitzer, Konzertsängerin, Herr Hofopernsänger Wilh. Lehnert, Herr Organist Rötzschke, Herr Korrepetitor Striegler.

— Vereinsnachrichten. In der nächsten Versammlung der Frauenortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande Donnerstag, den 16. d. Mts. nachmittags von 4 bis 6 Uhr, im Weißen Saale der „Drei Raben", Marienstraße, hält den Vortrag Herr Dr. med. F. E. Hopf, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Dresden. Das Thema lautet: „Streiflichter auf das Deutschtum im Auslande." — Der Bürgerverein der Wilsdruffer und Seevorstadt veranstaltet am 15. d. Mts. im „Tivoli" ein großes Winterkonzert. — Der Chorgesangverein Dresden-Plauen feiert am 16. d. Mts. im „Westendschlößchen" sein 28. Stiftungsfest. — Der Verein der Bayern hält am 15. d. Mts. in Meinhalds Sälen einen Familienabend ab. — Die Gesellschaft „Kobold" feiert am 19. d. Mts. im Parkhotel Weißer Hirsch die Kirmes.

— Die hiesige altrenommierte Weingroßhandlung Pener u. Co. Nachfolger, Königl. Hoflieferanten, hat einen bedeutenden Auftrag, „10 000 Flaschen Bordeaux-Weine" für das Kommando der Schutztruppen in Südwestafrika erhalten.

— Der heutigen Nummer d. Bl. liegt für die Stadtauflage ein Prospekt vom Reformhaus „Thalysia", Dresden-Altstadt, Schloßstraße 18, bei.

Im neuen Rußland

scheint der Kurs Witte — wenn auch nur ganz allmählich — die Schaffung gesunder Verhältnisse anzubahnen. Der „Köln. Ztg." wird aus Petersburg gemeldet: In solchen Kreisen, die sowohl dem Hofe als auch Witte nahestehen, wird die Besorgnis nicht geteilt, daß die liberale Wittesche Herrschaft Gefahr liefe, durch eine reaktionäre abgelöst zu werden. Graf Witte hat sich dahin geäußert, daß Kaiser Nikolaus nicht nur den Reformvorschlägen zugestimmt, sondern auch nach reiflicher Ueberlegung erklärt habe, er sei innerlich von der Notwendigkeit des liberalen Reformwerkes tief überzeugt. Dementsprechend habe auch der Kaiser zu allen Reformen stets seine Zustimmung gegeben, weil er fest daran glaube, daß er damit sowohl den Interessen seines Volkes als auch seinen eigenen am besten diene. — Wie die Petersburger Telegraphenagentur meldet, ist der bisherige Gehilfe des Ministers des Innern, Senator Durnowo, zum Verweser des Ministeriums des Innern ernannt worden.

Ein neues amtliches Communiqué schafft besonders Klarheit über die Stellung der jetzigen Regierung zur Polenfrage, erinnert an den kaiserlichen Ukas vom 25. Dezember 1904 und weist darauf hin, daß durch die Ukasse vom 30. April und 30. Oktober des Jahres 1905 alle Ausnahmegesetze abgeschafft seien und alle Forderungen bezüglich der Schul-, der Semstwo-, der Stadt- und Gerichtsverwaltungen, sowie der religiösen Freiheiten genehmigt wurden, die Untertanen polnischer Nationalität mit den Russen gleichgestellt und ihnen die Möglichkeit geboten ist, an großer schöpferischer Arbeit teilzunehmen. Im gänzlichen Vergessen der früher erteilten empfindlichen Lehren, geben die Führer der nationalen Bewegung im Königreiche Polen Bestrebungen zur Trennung von Rußland kund und weisen die gemeinsame Arbeit mit dem russischen Volke zurück. Beide polnischen Parteien, die Nationalisten und Sozialisten, stimmen in den Bestrebungen überein, das Volk mit sich fortzureißen. Umzüge mit polnischen Fahnen unter Absingung polnischer Nationallieder werden veranstaltet. Zu gleicher Zeit beginnt die Verdrängung der Staatssprache selbst da, wo der Gebrauch gesetzlich vorgeschrieben ist. Banden von Arbeitern und Bauern plündern die Schulen und die Staatsbranntwein-Niederlagen und vernichten in den kommunalen Einrichtungen alle Korrespondenz in russischer Sprache. Das Communiqué erinnert an die in der letzten Zeit begangenen politischen Verbrechen und sagt weiter, die Regierung werde nicht dulden, daß die Integrität des Reiches angetastet werde. Es erklärt auf das bestimmteste, daß, solange in den Weichselgebieten neue Unruhen nicht hintangehalten werden und solange der Teil der Bevölkerung, der den politischen Agitatoren folge, nicht von seiner Verblendung zurückgekommen sein werde, keine einzige der aus den Manifesten vom 18. August und 30. Oktober sich ergebenden Wohltaten auf diesen Gebieten angewendet werde. Zum Zwecke der Wiederherstellung der Ruhe werden die Weichselgebiete als zeitweilig im Kriegszustand befindlich erklärt. Die Regierung, die die nationalen Rechte des polnischen Volkes auch ferner aufrechterhalten wolle, warte ab, daß das Volk sich von der politischen Erregung losmache, und warne es, einen Weg zu betreten, dessen Gefährlichkeit es leider nicht zum ersten Male kennen lernte.

Graf Witte erhielt am 11. d. M. ein Telegramm aus Kalisch mit der Mitteilung, daß eine zahlreich besuchte Versammlung dort zu dem Schlusse gelangt sei, nur die Einführung einer Konstitution für Polen und volle legislative und administrative Autonomie, sowie Autonomie in Schule und Rechtspflege und die Berufung eines Landtages nach Warschau auf der Grundlage des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts könne zu einer gesunden Entwicklung des Landes führen.

Ein Telegramm aus Radom setzte Witte davon in Kenntnis, daß eine Versammlung von Bewohnern der Stadt und Umgegend sich für die Autonomie Polens ausgesprochen und beschlossen habe, die sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf Grundlage des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu fordern.

Der Direktor der Petersburger Telegraphen-Agentur erhebt Protest gegen ein Telegramm der in Berlin erscheinenden „Russischen Korrespondenz", die auf eine in der Agentur erteilte Anweisung Bezug nimmt, nach dem Ausland „Rußland freundliche Nachrichten" zu verbreiten. Es wird festgestellt, daß es sich bei dieser Anweisung nicht um eine Fälschung der Nachrichten aus dem Innern Rußlands handelt, sondern darum, daß neben den beunruhigenden Nachrichten nicht diejenigen vergessen werden, welche über eintretende Beruhigung berichten und über eine eingeleitete gerichtliche Verfolgung gegen Personen, welche an den Unruhen teilnahmen.

Daß die Ruhe in Rußland allmählich wiederkehrt, zeigen verschiedene Nachrichten: Trotz der über bevorstehende Unruhen und Judenmassacres in Petersburg und Moskau verbreiteten Gerüchte verlief der Sonntag in Petersburg ruhig. Aus vielen Städten der Provinz lauten ebenfalls Nachrichten über vollständige Ruhe ein. In Warschau herrschte aus Anlaß ähnlicher Gerüchte eine erregte Stimmung; jedoch sind bis zum Abend keine Ruhestörungen vorgekommen. Infolge der wieder eingetretenen Ruhe ist in Kremenetschna, Tiflis und in dem Tifliser Kreis der Belagerungszustand aufgehoben worden. In Dorpat hat die Militärmacht ihre Vollmachten, betreffend Aufrechterhaltung der Ordnung, den Zivilbehörden allein überlassen. In Batum ist der Eisenbahnverkehr wiederhergestellt. — In Moskau ist eine neue politische Partei unter Führung Gutschkoffs und Schipoffs in der Bildung begriffen, die eine gemäßigtere Richtung hat als die demokratisch-konstitutionelle haben und dem Grafen Witte sich anschließen soll. Diese Partei wird sich auf das Manifest vom 30. Oktober stützen und ihre Bestrebungen darauf richten, die darin verheißenen Freiheiten in Wirksamkeit treten zu lassen. — Der Justizminister hat mit Zustimmung des Grafen Witte einen Entwurf ausgearbeitet über die Vornahme von Untersuchungen in den Ortschaften, wo gegen die Juden gerichtete Unordnungen stattgefunden haben. Die betreffenden Kommissionen werden aus Mitgliedern des Senats zusammengesetzt sein. Der Entwurf soll dem Ministerrat unterbreitet werden. — Der Heilige Synod fordert in einem neuen Pastoralbrief an das russische Volk zur Beruhigung auf, damit kein Bürgerkrieg entstehe.

In Warschau versammelte sich vorgestern abend eine größere Menge Israeliten in der Chromskastraße, um einem Angriff von antisemitischer Seite, den sie befürchtete, abzuschlagen. Militär zerstreute die Menge und gab dabei eine Gewehrsalve ab, durch die neun Personen getötet wurden.

Die Eisenbahndirektion in Kattowitz gibt bekannt, daß der Eisenbahnverkehr mit Sosnowice wie überhaupt mit Rußland auch heute noch völlig stockt.

Die Obstruktion der österreichischen Eisenbahner.

Am Sonnabend fanden in Wien, wie schon kurz telegraphisch mitgeteilt, zwei wichtige Versuche statt, den Eisenbahnerausstand beendigen zu helfen. Im Eisenbahnministerium verhandelten die Vertreter der Regierung mit den Delegierten der Staatsbahnbediensteten. Zunächst wurden die Vorschläge der Eisenbahnverwaltung mitgeteilt, die bereit ist, nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse wenn auch nicht eine allgemeine, so doch eine durchgreifende Lohnerhöhung eintreten zu lassen und sonstige Zugeständnisse für die Beamten und Unterbeamten zu machen. Hieran knüpfte sich eine eingehende längere Debatte. Schließlich wurden die Forderungen der Bahnbediensteten in nachstehender Weise formuliert: Bei den nicht definitiv Angestellten wird eine Erhöhung von 20 bis 10 Prozent, bei den definitiv Angestellten und den Unterbeamten wird ein außerordentliches Avancement und eine automatische Beförderung gefordert. Die Akkord- und Prämienarbeit wird aufgehoben. Generalpardon wird zugesichert. Alle Anwesenden und Angehörigen von Organisationen werden diese Forderungen ihren Auftraggebern mitteilen und am Montag an den weiteren Verhandlungen teilnehmen. Die Abgeordneten Malfatti und Ellenbogen haben es unternommen, der Regierung die Annahme obiger Vorschläge zu empfehlen.

Beim Ministerpräsidenten v. Gautsch fanden ebenfalls Verhandlungen mit einer Deputation der Industriellen statt, die gekommen waren, um dem obersten Staatsbeamten angesichts der eingetretenen Verkehrsstörungen auf den Bahnen die in den Kreisen der Industrie herrschende Auffassung darzulegen. Der Ministerpräsident bemerkte, die Regierung bedauere, daß die Lohnfrage der Eisenbahnbediensteten mit der Wahlreform verknüpft werde und daß die Agitation für die Wahlreform sogar nicht davor zurückschreke, die Krone in den Streit der Parteien zu ziehen; der erhabene Träger der Krone habe sich niemals den Forderungen der Zeit verschlossen, im Gegenteil, sein ganzes Denken und Trachten sei stets darauf gerichtet gewesen, das Staatswesen in Einklang zu bringen und zu erhalten mit dem Stande des öffentlichen Geistes und der öffentlichen Entwicklung; im übrigen trage die Regierung allein die Verantwortung. Der Ministerpräsident stellte weiter fest, daß die Regierung sich bereits mit Zustimmung der Krone mit der Bearbeitung der Wahlreformvorlage beschäftige, die auf moderner Grundlage beruhe und den Anforderungen der Zeit genügen werde. Es wird, erklärte der Ministerpräsident, Sache des Parlaments sein, die Reform mit der Regierung noch in dieser Periode zum Abschluß zu bringen. Soweit die Reformfrage in Betracht kommt, ist die Regierung gern bereit, den Ansprüchen der Eisenbahnbediensteten nach Recht und Billigkeit in möglichst weitgehendem Maße entgegenzukommen, wobei die Lage der Staatsfinanzen nicht außer acht gelassen werden kann. Die Regierung ist entschlossen, eine beträchtliche Summe für die Aufbesserung der Bezüge des Personals zu verwenden. Eine unerläßliche Voraussetzung hierfür jedoch ist die Rückkehr der Bahnbediensteten zu strenger und loyaler Pflichterfüllung. Sollten sich die Bahnbediensteten dieser wohlwollenden Absicht verschließen, so ist die Regierung entschlossen, ohne Aufschub alle ihr zu Gebote stehenden Mittel zur Sicherstellung des Verkehrs anzuwenden.

Dem Bericht des Eisenbahnministeriums zufolge hat sich die Lage allgemein gebessert. Die neue Instruktion tut ihre Wirkung. Die Zugverspätungen werden geringer. Die Verkehrsschwierigkeiten auf den Hauptstationen des Braunkohlengebiets und den Prager Stationen sind beseitigt. Gewisse Schwierigkeiten bestehen nur noch auf den Tiroler Anschlußstationen an die Südbahn.

Die Direktion der Staatsbahnen in Prag hat die Beschränkung des Güterverkehrs von und nach Prag aufgehoben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser hielt bei der Rekrutenvereidigung in Potsdam folgende Ansprache: „Ihr seht hier den Altar, auf demselben das Kreuz, das Symbol aller Christen. Als solche schwöret Ihr heute den Fahneneid. Ich wünsche und hoffe, daß Ihr dieses Schwures stets eingedenk bleibet. In diesem Augenblick steht eine denkwürdige Episode vor Meinem Auge. Als der Kaiser Leopold von Oesterreich dem berühmten Prinzen Eugen den Oberbefehl über die Armee über-